



19. Wahlperiode

Drucksache **19/999**

HESSISCHER LANDTAG

13. 10. 2014

Plenum

**Antrag
der Fraktion der SPD
betreffend eine Aktuelle Stunde**

Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

Hessische Steuerfahnder endlich rehabilitieren - Entschuldigung der Hessischen Landesregierung notwendig!

Wiesbaden, 13. Oktober 2014

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rudolph



HESSISCHER LANDTAG

15. 10. 2014

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesregierung steht im Dialog mit Steuerfahndern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass nach Feststellung des Landgerichts Frankfurt in erster Instanz die psychiatrischen Gutachten in Bezug auf die vier klagenden Steuerfahnder rechtswidrig waren und den Betroffenen Schadensersatz zuerkannt wurde.
2. Unabhängig vom weiteren Fortgang dieses zivilrechtlichen Rechtsstreits, an dem das Land Hessen nicht beteiligt ist, hält es der Landtag für bedauerlich, dass es noch nicht gelungen ist, zu einem allen Beteiligten gerecht werdenden Abschluss der Angelegenheit zu kommen.
3. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung das Angebot an die betroffenen Steuerfahnder zur Rückkehr in den Dienst bereits vor einigen Monaten erneuert hat und die Rückkehrmöglichkeiten mit den Betroffenen weiterhin in vertraulichen Gesprächen erörtert.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 15. Oktober 2014

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Dorn



HESSISCHER LANDTAG

16. 10. 2014

25. Sitzung

Wiesbaden, den 16. Oktober 2014

Amtliche Mitteilungen	1627	85. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD be-	
<i>Entgegengenommen</i>	1627	treffend Pluralität am Buchmarkt – gleiche	
Vizepräsident Frank Lortz	1627	Marktbedingungen für alle	
Günter Rudolph	1627	– Drucks. 19/1021 –	1633
72. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine		<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr</i>	
Aktuelle Stunde (Hessische Steuerfahnder		<i>und Landesentwicklung überwiesen</i>	1639
endlich rehabilitieren – Entschuldigung der		Willi van Ooyen	1633
Hessischen Landesregierung notwendig)		Clemens Reif	1634
– Drucks. 19/999 –	1627	Nicola Beer	1635
<i>Abgehalten</i>	1633	Martina Feldmayer	1636
80. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD be-		Thorsten Schäfer-Gümbel	1637
treffend vollständige Rehabilitation der zu		Minister Tarek Al-Wazir	1638
Unrecht entlassenen Steuerfahnder		74. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE	
– Drucks. 19/1011 –	1627	GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde	
<i>Abgelehnt</i>	1633	(Hessen wird sozialer und gerechter – Sozial-	
84. Dringlicher Entschließungsantrag der Frak-		budget bietet Planungssicherheit für soziale	
tionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-		Initiativen und Verbände)	
NEN betreffend Landesregierung steht im		– Drucks. 19/1002 –	1639
Dialog mit Steuerfahndern		<i>Abgehalten</i>	1646
– Drucks. 19/1019 –	1627	Marcus Bocklet	1639
<i>Angenommen</i>	1633	Gerhard Merz	1640
Norbert Schmitt	1627	Marjana Schott	1641
Minister Dr. Thomas Schäfer	1628	Dr. Ralf-Norbert Bartelt	1643
Jörg-Uwe Hahn	1630	René Rock	1643
Frank-Peter Kaufmann	1630	Minister Stefan Grüttner	1644
Willi van Ooyen	1631	75. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine	
Günter Schork	1632	Aktuelle Stunde (Flüchtlingsgipfel in Bund	
<i>Abstimmungsliste</i>	1695	und Land – Zahl unbegleiteter Minderjähri-	
73. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend		ger steigt – Flüchtlinge und Kommunen nicht	
eine Aktuelle Stunde (Buchmesse in Frank-		im Regen stehen lassen)	
furt: Freihandelsabkommen TTIP bedroht		– Drucks. 19/1003 –	1646
Buchhandel und Kulturlandschaft)		<i>Abgehalten</i>	1652
– Drucks. 19/1000 –	1633	Florian Rentsch	1646
<i>Abgehalten</i>	1639	Barbara Cárdenas	1647
		Mürvet Öztürk	1648
		Dr. Ralf-Norbert Bartelt	1649
		Ernst-Ewald Roth	1650
		Minister Stefan Grüttner	1650

(Beginn: 9:01 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich; es ist der letzte Tag der Plenarwoche. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung. Wir haben noch eine ganze Reihe offener Punkte: die Punkte 6, 7, 13 bis 20, 22, 24 bis 26, 28 bis 30, 32 bis 41, 43 bis 46, 49 bis 52, 54 bis 57, 69, 72 bis 76 und 80. Es ist also noch viel Zeug.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesregierung steht im Dialog mit Steuerfahndern, Drucks. 19/1019. Die Dringlichkeit wird allseits bejaht? – Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 84 und kann, wenn keiner widerspricht, nach Tagesordnungspunkt 72, der Aktuellen Stunde, aufgerufen und ohne Aussprache abgestimmt werden. – Das machen wir so.

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion soll nach Tagesordnungspunkt 75 Tagesordnungspunkt 18 aufgerufen und ohne Aussprache an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss, federführend, und an den Kulturpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen werden.

Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von einer Stunde. Wir beginnen mit den Anträgen für eine Aktuelle Stunde. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Die Anträge, die wir ohne Aussprache abstimmen werden, habe ich Ihnen genannt. Nach der Aktuellen Stunde geht es mit Tagesordnungspunkt 50 weiter.

Entschuldigt fehlen heute Herr Ministerpräsident Volker Bouffier ganztägig, Herr Staatsminister Wintermeyer ebenfalls ganztägig und Herr Staatsminister Beuth von 10:30 Uhr bis 14:30 Uhr.

(Wortmeldung des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Kollege Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Ich bitte, Herrn Kollegen Gremmels zu entschuldigen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Für das Protokoll: Herr Kollege Gremmels ist auch entschuldigt. Der hat gestern schon so gehustet mit seinem Schal, mit seinem Baldin.

Heute Abend, im Anschluss an die Plenarsitzung, kommt der Innenausschuss im Sitzungsraum – –

(Horst Klee (CDU): Nein, in der Mittagspause!)

– Herr Kollege Klee, hier steht: heute Abend.

(Horst Klee (CDU): Dann ist die Information schlecht!)

– Also hat der Vorsitzende des Innenausschusses schlecht informiert; wollten Sie das sagen?

(Heiterkeit)

Horst, zeig mir das einmal.

(Abg. Horst Klee (CDU) hält ein Papier hoch.)

Leute, so ein Durcheinander können wir nicht machen.

(Horst Klee (CDU): Die Verwaltung läuft nicht gut, merke ich!)

Wie der Vorsitzende mitteilt, wird der Innenausschuss heute um ca. 13 Uhr in Raum 501 A zusammenkommen.

(Horst Klee (CDU): Danke schön, Herr Präsident!)

Herr Vorsitzender des Innenausschusses und Alterspräsident, herzlichen Dank für den freundlichen Hinweis.

Haben wir noch etwas an Vorbemerkungen?

(Ministerin Priska Hinz: Heute Abend wird die Erntekrone überreicht!)

– Das mit der Erntekrone teilen wir heute Abend mit, damit sich die Leute dies auch merken; nicht zu viel auf einmal, sonst kommen die durcheinander.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 72** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Hessische Steuerfahnder endlich rehabilitieren – Entschuldigung der Hessischen Landesregierung notwendig) – Drucks. 19/999 –

mit dem **Tagesordnungspunkt 80:**

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend vollständige Rehabilitierung der zu Unrecht entlassenen Steuerfahnder – Drucks. 19/1011 –

sowie mit **Tagesordnungspunkt 84:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesregierung steht im Dialog mit Steuerfahndern – Drucks. 19/1019 –

Das Wort hat Kollege Norbert Schmitt, SPD-Fraktion.

Norbert Schmitt (SPD):

Guten Morgen, Herr Präsident, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlass der heutigen Aktuellen Stunde sind erfolgreiche Schadenersatzklagen von zwei Steuerfahndern und einer Steuerfahnderin gegen einen Gutachter, der sie für unheilbar psychisch gestört erklärt hatte, nachdem das Land eben diesen Gutachter für eine Beurteilung der Dienstfähigkeit der betroffenen Personen eingeschaltet hatte. Die Urteile sind nicht rechtskräftig. Das wissen wir. Es geht auch nicht darum, diese Urteile zu bewerten.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Aber sie sind ein Anlass, über die Situation der Betroffenen zu sprechen, die als Steuerfahnder vor 13 Jahren – so lange ist das schon her – zunächst kaltgestellt wurden, weil sie die Schonung reicher Steuersünder eben nicht mitmachen wollten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In der Folge mussten sie in der Finanzverwaltung schlimme Jahre durchmachen, um schließlich als psychisch krank gebrandmarkt und zum Psychiater geschickt zu werden.

Ich finde, das ist wirklich ein Anlass, hierüber auch in einer Aktuellen Stunde zu sprechen.

Die Gutachten des Universitätsklinikums München kommen aber zu dem Ergebnis, dass die Gutachten nicht nachvollziehbar, mit derzeitigem Wissen nicht schlüssig vereinbar sind und aus psychiatrischer Sicht überhaupt keine Voraussetzung für eine anhaltende Dienst- oder Teildienstunfähigkeit bestanden hat. Die unterstellte Krankheit ist nicht heilbar. Das heißt, wenn sie in München nicht festgestellt worden ist, kann sie auch damals, als der Gutachter Dr. H. über sie geurteilt hat, überhaupt nicht Grundlage für eine Dienstunfähigkeit gewesen sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir finden, dass es jetzt endlich – 13 Jahre nach dem Ausgangskonflikt und sieben Jahre, nachdem diese Fahnder zum Psychiater geschickt worden sind und dieser ein falsches Gutachten erstellt hat – an der Zeit ist, den Betroffenen zu sagen: Das, was Sie durchmachen mussten, tut uns leid.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Diese Feststellung richtet sich in unserem Antrag zunächst an den Landtag. Ja, meine Damen und Herren, der Hessische Landtag soll beschließen, dass er es bedauert, dass in Hessen Steuerfahnder und eine Steuerfahnderin zu Unrecht als psychisch erkrankt bezichtigt wurden und mit dieser Begründung gegen ihren Willen in den Ruhestand versetzt worden sind. Ich finde, es ist endlich an der Zeit – 13 Jahre nach dem Kaltstellen und sieben Jahre nach der Psychiatrisierung –, dass sich dieser Hessische Landtag dazu bekennt.

(Beifall bei der SPD)

Unser Antrag richtet sich aber auch an die Landesregierung und soll erreichen, dass sich die Landesregierung endlich bei den Betroffenen entschuldigt und sie vollständig rehabilitiert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Übrigens kann beides, ein Bedauern des Landtags und eine Entschuldigung der Landesregierung, nicht durch ein Ob- leutegespräch ersetzt werden.

Auch vertrauliche Gespräche mit den Betroffenen können nicht ersetzen, dass dieser Landtag öffentlich erklären soll: „Es tut uns leid“, und sich bei den Betroffenen entschuldigt. Die Landesregierung soll dies endlich auch tun.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie den Betroffenen endlich Gerechtigkeit widerfahren, und, meine sehr verehrten Kollegen von der CDU, zeigen Sie endlich Größe. Eigentlich muss man sagen: Zeigen Sie endlich eine Selbstverständlichkeit, und gestehen Sie schlimme Fehler dieses Verfahrens ein. Es ist an der Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident und Herr Finanzminister Dr. Schäfer sind auch gefordert. Bei ihnen liegt seit knapp vier Jahren ein Brief, der bis zum heutigen Tage unbeantwortet ist.

(Günter Rudolph (SPD): Die haben viel zu tun!)

Nach diesen schlimmen Vorgängen, nach dem, was den Betroffenen angetan wurde, ist es an der Zeit, dass sowohl der Ministerpräsident als auch der Finanzminister endlich

persönlich auf die Betroffenen zugehen. Das kann man nach den Verfahren erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Zwei Untersuchungsausschüsse haben sich mit dem Thema beschäftigt. In den Untersuchungsausschussverfahren ist den Betroffenen nochmals viel Leid zugefügt worden. Ich nenne nur die Äußerung des heutigen Innenministers – damals Generalsekretär der CDU –, der noch von „querulatorischen Menschen“ gesprochen hatte, obwohl damals schon klar war, dass die Gutachten falsch sind. Das war ja die Anspielung darauf: Die Leute sind verrückt. – Ihnen wurde in den Untersuchungsausschüssen zusätzlich Leid angetan. Deswegen ist es wirklich an der Zeit, dass sich auch der Landtag entschuldigt, meine Damen und Herren.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Norbert Schmitt, Sie müssen zum Schluss kommen.

Norbert Schmitt (SPD):

Vor der Abstimmung möchte ich noch einmal zitieren, was die GRÜNEN im Abschlussbericht erklärt haben; denn das, was Sie hier ohne Bedauern, ohne Entschuldigung vorgelegt haben, ist ein Ausweichen, das völlig unakzeptabel ist. Dort heißt es:

Insgesamt stellt der Mehrheitsbericht einen dreisten Versuch dar, in einer Art Gegenangriff die versetzten und rechtswidrig psychiatrisierten Steuerfahnder zu den Schuldigen zu erklären und ihnen auf diese Weise zusätzlichen Schaden zuzufügen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, ich finde, mit solch einem Antrag, wie ihn die GRÜNEN hier vorgelegt haben, können Sie sich nicht aus der Affäre ziehen. Deswegen beantragen wir eine namentliche Abstimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schmitt. Sie haben zum Antrag der SPD eine namentliche Abstimmung beantragt,

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

aber nicht zu dem Antrag der CDU?

(Günter Rudolph (SPD): Nein!)

– Nur zu dem Antrag der SPD?

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

– Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die parlamentarische Beschäftigung mit diesem Punkt am heutigen Tage hat ja eine Vorgeschichte. Es gab im Haushaltsausschuss eine Berichtsbitte der Fraktion DIE LINKE, die aktuelle Situation nach den erstinstanzlichen Entscheidungen des Landgerichts in Frankfurt zu erörtern. Ich habe

dann angeboten, da der Haushaltsausschuss zwar auch nicht öffentlich tagt, aber die Zahl der dort regelmäßig teilnehmenden Menschen mit Fragen des Personalgeheimnisses nur schwer in Einklang zu bringen ist, die Obleute in einem vertraulichen Gespräch über den Stand der Reaktivierungsbemühungen betreffend die vier ehemaligen Bediensteten der hessischen Finanzverwaltung zu informieren.

Dieser Termin war für jetzt am Rande des Plenums verabredet, sodass ich schon etwas überrascht war, bereits am Montag den Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zu sehen, bevor Sie überhaupt die genauen Hintergründe kannten, Herr Kollege Schmitt. Das bewerte ich jetzt nicht. Ich überlasse es dem Haus, die Motive zu bewerten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Manfred Pentz (CDU): Das ist wieder typisch!)

Lassen Sie mich zur Sache vortragen: Die vier Betroffenen sind in den Jahren zwischen 2006 und 2009 wegen Dienstunfähigkeit nach längerer Krankheit in den Ruhestand versetzt worden. Ausschlaggebendes Moment war eine externe Begutachtung durch den bereits mehrfach zitierten, nicht der Verwaltung angehörigen, sondern vom Versorgungsamt beauftragten externen Gutachter.

Unmittelbar nachdem sich aufgrund einer berufsrechtlichen Gerichtsentscheidung des Jahres 2009 Zweifel an der Richtigkeit der Gutachten ergeben haben, hat die hessische Finanzverwaltung im Dezember 2009 – ich wiederhole: Dezember 2009 – den Betroffenen erstmalig angeboten, wieder in die Verwaltung zurückzukehren. Dieses Angebot aus der damaligen Zeit ist bis heute nicht beantwortet worden.

(Holger Bellino (CDU): Das ist interessant!)

Daraufhin haben wir, nachdem sich die weiteren Diskussionen hinzogen, Anfang des Jahres 2013 ein zweites Angebot an die Beteiligten gerichtet, mit uns in Gespräche einzutreten, um in die Landesverwaltung zurückzukehren. Das Angebot, die Gespräche zu führen, haben alle vier angenommen, und wir haben unter Einschaltung eines Mediators – eines sehr erfahrenen Personalverantwortlichen vergangener Jahre in der Landesverwaltung, aber außerhalb der Finanzverwaltung – vertrauliche Gespräche mit den Beteiligten aufgenommen.

Ich kann Ihnen hier in großer Runde öffentlich so viel sagen: Wir sind zuversichtlich, zu einem für alle Beteiligten befriedigenden Reaktivierungsergebnis zu kommen, das dann auch die geeignete Form von Rehabilitation, nämlich eine Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit in der Landesverwaltung, ermöglichen würde.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das sind wir den Betroffenen schuldig. Denn natürlich bedauern wir es – das habe ich bereits mehrfach an den unterschiedlichsten Stellen gesagt –, wenn aufgrund einer erkennbar falschen Entscheidung eine darauf fußende Verwaltungsentscheidung im Namen des Landes Hessen erfolgt. Das ist ein bedauerlicher Fehler, der in der Verwaltung passiert ist, dem wir im Rahmen unserer Fürsorgepflicht durch geeignete Maßnahmen zu begegnen haben. Wir versuchen alles, einen Weg zu finden, den Beteiligten eine Rückkehr in die Verwaltung zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Parallel dazu haben die vier Betroffenen zivilrechtliche Verfahren gegen den Gutachter angestrengt, die nunmehr alle in erster Instanz entschieden sind. Eine Klage wurde vollumfänglich abgewiesen, einer Klage wurde zu ungefähr zwei Dritteln und zwei weiteren Klagen zu ungefähr drei Fünfteln stattgegeben. Leider – das zeigt die Reaktion aller an dem Prozess beteiligten Parteien – tritt mit der Gerichtsentscheidung noch nicht die erhoffte befriedende Wirkung ein. Sowohl der beklagte Gutachter als auch die klagenden ehemaligen Mitarbeiter der Finanzverwaltung haben – soweit ich das gelesen habe – Rechtsmittel eingelegt.

Ich hoffe, dass es uns gelingt, die Reaktivierung, die Fortsetzung der Berufstätigkeit der Beteiligten in der Landesverwaltung zwischenzeitlich erfolgreich umzusetzen, und dass die Fortsetzung des Rechtsstreits mit dem Gutachter die Reaktivierungsbemühungen nicht beeinträchtigt. Das haben wir aber nicht vollständig in der Hand, weil es auch ein Stück weit eine Entscheidung der Betroffenen ist, an dem Punkt zu warten, ob es zu einer Gesamtlösung mit Schadenersatz gegen den Gutachter und zu einer Reaktivierung beim Land kommt oder nicht.

Ich bin jedenfalls gewillt, in hoher Sensibilität weiter mit den Betroffenen sprechen zu lassen. Am Ende bin ich auch bereit, mit den Beteiligten persönlich zu sprechen, wenn das die Bedingung dafür ist, dass sie einen erfolgreichen Weg in der Landesverwaltung weitergehen können. Das ist doch selbstverständlich. Das gebietet die Fürsorgepflicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage aber auch: Die Fürsorgepflicht eines Ministers, eines Dienstvorgesetzten endet nicht bei den Betroffenen, sondern sie erstreckt sich auch auf die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Finanzverwaltung, die im Zuge der Diskussion zum Teil unhaltbaren Verdächtigungen ausgesetzt worden sind,

(Manfred Pentz (CDU): Ganz genau!)

sie hätten die Beteiligten vorsätzlich wegen ihrer beruflichen Tätigkeit in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Auf die erstreckt sich meine Fürsorgepflicht in gleicher Weise, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hoffe ich, dass es gelingt, die Diskussion vielleicht weniger öffentlich, sondern weiter vertraulich mit den Betroffenen zu führen. Ich glaube, das ist am ehesten im Interesse der Beteiligten. Dann erhöhen sich nämlich die Chancen, in einer auch für sie persönlich angemessenen Weise einen Weg zurück in die Berufstätigkeit im Dienste des Landes Hessen zu finden. Es wäre in unser aller Sinne. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Schäfer. – Das Wort hat der Abg. Jörg-Uwe Hahn, FDP-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Aber den Fehler hat die Verwaltung gemacht, nicht die politische Führung! – Gegenrufe von der CDU)

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Gerade nach dem Redebeitrag von Dr. Thomas Schäfer empfehlen die FDP und ich, dass wir dieses Thema mit Ruhe und Gelassenheit, aber natürlich auch mit ein bisschen Emotion bearbeiten. Das Wichtige aber sind die Ruhe und die Gelassenheit. Herr Kollege Schmitt, nach Ablauf der letzten Woche habe ich nicht den Eindruck, dass die Sozialdemokratie in Hessen in diesem Verfahren die notwendige Ruhe und Gelassenheit zeigt – darauf hat auch Dr. Thomas Schäfer hingewiesen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie möchten skandalisieren. Ich weiß, Skandalisieren macht in der Opposition Spaß. Beim Skandalisieren muss man jedoch immer aufpassen, wen man dabei trifft. Ja, wir unter uns in der Politikergruppe nehmen wenig Rücksicht aufeinander. Ob etwas gut oder nicht gut ist, dazu habe ich eine abgeschlossene Meinung; die ist jedoch jetzt nicht das Thema. Herr Kollege Schmitt, wenn wir beim Skandalisieren Personen, Menschen, Persönlichkeiten mit hineinziehen, dann sollten wir es jedenfalls lassen. Meine Damen und Herren, das ist meine Botschaft.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kenne diesen Fall nun auch seit 13 Jahren, in den verschiedenen Funktionen, die ich in den letzten 13 Jahren in diesem Haus und in der Hessischen Landesregierung innehatte. Ich kann für mich selbst und die FDP-Fraktion nur sagen: Wir bedauern es außerordentlich, dass ganz offensichtlich durch einen Fehler eines Arztes, eines Psychologen – ich weiß nicht, welche Ausbildung er hat, das ist auch egal, und ob es wirklich ein Fehler war, kann ich nicht beurteilen, ich bin Jurist –, das Schicksal von vier Mitarbeitern der Steuerfahndung des Landes Hessen erheblich beeinträchtigt worden ist. Das bedauern wir. Das finden wir unheimlich schade.

(Beifall bei der FDP)

Da ich in den letzten 13 Jahren auch persönlich Kontakt mit den Betroffenen hatte, kann ich mir ein Bild darüber machen, wie diese Personen darunter gelitten haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist kein Skandal der Landesregierung, und es ist auch kein Skandal der Finanzverwaltung.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Doch, von Anfang bis Ende!)

Ich glaube noch nicht einmal, dass es ein Skandal des medizinischen Dienstes des Landes Hessen ist. Trotzdem ist es ein Vorgang, der nicht passieren darf. Ich darf im Namen meiner Fraktion sagen: Wir entschuldigen uns bei den vier Steuerbeamten dafür, dass ihnen dieses Leid widerfahren ist.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Als Person, aber auch als ehemaliger Staatsminister der Justiz des Landes Hessen lassen Sie mich bitte noch eines dazu sagen: Mein Vertrauen in den Rechtsstaat hat dieses Verfahren wieder bestätigt. Ganz offensichtlich funktio-

niert unser Rechtsstaat sehr, sehr gut. Aus Sicht der Betroffenen hat es teilweise vielleicht ein bisschen zu lange gedauert. Der Rechtsstaat hat sich mit diesem Thema aber erst seit zwei bis drei Jahren beschäftigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen wir dieses Thema im Plenum ruhen. Die namentliche Abstimmung ist ein Showeffekt, den man bei einem solchen Verfahren nicht macht. Ich sage Ihnen: Die FDP-Fraktion stimmt Ihrem Antrag zu.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hören Sie damit auf, das in namentlicher Abstimmung zu machen. Das ist keine Shownummer. Das ist todernst. Gott sei Dank hat der Rechtsstaat dieses Verfahren aufgenommen und wird es zu einem guten Ende führen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Das Wort hat der Abg. Frank-Peter Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ruhestandsversetzung der vier ehemaligen Frankfurter Steuerfahnder in den Jahren 2007 bis 2009 war keine Glanztat behördlichen Verhaltens und auch kein Musterbeispiel an Fürsorge durch den Dienstherrn. Wenn dieses Thema auf der Tagesordnung steht, haben meine Fraktion und ich überhaupt kein Problem damit, Herr Kollege Schmitt, Ihnen und der Öffentlichkeit zu sagen: Diese Zustände tun uns leid, und wir entschuldigen uns dafür.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Schmitt, Sie haben unsere Aktivitäten dazu seinerzeit im Untersuchungsausschuss 18/1 angesprochen. Dazu verweise ich auf den Text unseres Abschlussberichts. Genau das haben wir damals festgestellt. Diese Feststellung halten wir unverändert für gültig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Genau deshalb ist es doch richtig, eine einvernehmliche Beendigung der Auseinandersetzungen anzustreben, und zwar weniger wegen eines Schicksals oder der möglichen Belastung heute oder damals noch agierender Menschen im Landesdienst, sondern vor allem wegen der vier Betroffenen. Um deren Schicksal geht es, nachdem ihnen Unrecht getan wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich bedanke mich für den Beifall von der SPD. Aber in dem Zusammenhang wäre es schon empfehlenswert, dieses Verfahren jetzt nicht in dieser Art und Weise in die Öffentlichkeit zu ziehen. Das von der Finanzverwaltung angeregte Verfahren wird aus unserer Sicht in sehr guter und geeigneter Weise betrieben. Es wird für alle Beteiligten nicht hilfreich sein, dies so in der Öffentlichkeit auszubreiten. Vor allem die Steuerfahnder, die bereits zu leiden hatten,

würden wieder darunter leiden. Ich würde ihnen gerne helfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die Verfahren und Rechtsstreite noch nicht abgeschlossen sind. Das macht es sehr schwierig, Äußerungen des Landtags oder der Landesregierung zu verlangen, die natürlich auch juristische Qualitäten enthalten können. Dazu gehört das Wort „vollständige Rehabilitierung“.

Das ist einigermäßen schwierig, die Experten im Beamtenrecht werden das nachvollziehen können. Das, was man mit dem Begriff Rehabilitierung bezeichnet, ist vor dem Hintergrund der gegebenen Sachlage ein etwas schwierigerer Komplex. Deshalb besteht der Abschluss des Gesamtverfahrens im Sinne der vier betroffenen Personen, der drei Steuerfahnder und der einen Steuerfahnderin, darin, sich darauf zu einigen, dass eine Rückkehr in den Beruf möglich ist und eine gemeinsame Perspektive entwickelt wird.

Das sollte dann zum Abschluss erhoben werden. Wir begrüßen ausdrücklich das, was der Finanzminister heute noch einmal dargestellt hat, dass man dort Aktivitäten unternimmt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dabei sind diplomatisches Geschick und Feingefühligkeit besser als öffentliche Debatten über Schuldfragen und Entschuldigungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Das sagt der Richtige, der Experte für Diplomatie!)

Wir wünschen dem Finanzminister und seinen mit dieser Angelegenheit betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Zusammenhang eine glückliche Hand und hoffen auch, dass die ehemaligen Steuerfahnder die Chancen erkennen und ergreifen und eine Wiedereingliederung in den Dienst und eine positive Perspektive beim Land haben werden.

Meine Damen und Herren, entnehmen Sie aus dieser Debatte bitte, dass wir GRÜNE die Sache noch nicht für erledigt halten. Sie ist und bleibt kein Ruhmesblatt hessischer Personalpolitik. Sie harrt auch noch einer befriedigenden Lösung. Diese Lösung sollte alsbald gefunden werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Kaufmann. – Das Wort hat der Abg. van Ooyen, DIE LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war im Jahr 2009, als der Gutachter Dr. H. von einem Berufsgericht zu einer Geldbuße von 12.000 € verurteilt wurde, und zwar wegen seiner fehlerhaften Begutachtung, die zur Zwangspensionierung der vier Steuerfahnder geführt hatte.

Im Bericht des Untersuchungsausschusses der damaligen Mehrheit von CDU und FDP heißt es Mitte 2012, also drei Jahre später, über Herrn Dr. H.:

Herr Dr. H. war nach dem Ergebnis der Ermittlungen ein fähiger Facharzt mit einem guten Ruf, der sich über Jahre hinweg durch qualitativ nicht zu be-
anstandende Gutachten hohes Ansehen und Vertrauen beim Hessischen Versorgungsamt erworben hat.

So steht es auf Seite 260 des Untersuchungsausschussberichts.

Ein Zeuge sagte über Herrn Dr. H. im Untersuchungsausschuss aber aus, dass dieser als „Totschreiber“ in der hessischen Verwaltung bekannt gewesen sei.

Nun hat erneut ein Gericht festgestellt, dass die Reputation, die Schwarz-Gelb Herrn H. angedichtet hat, nicht gerechtfertigt war. Mit Diagnosen wie beispielsweise einer „paranoid-querulatorischen Entwicklung“ oder einer „Anpassungsstörung mit depressiven, psychosomatischen und partiell paranoiden Symptomen“ wurden nicht nur fähige Steuerfahnder aus dem Dienst entfernt, weil sie teilweise in Banken und Amtsstuben erfolgreich ermittelt hatten. Mit diesen Gutachten wurde ganz offensichtlich versucht, diese Menschen kaputtzuschreiben.

Selbst der Menschenrechtsbeauftragte der Landesärztekammer hielt dieses Gutachten dabei nicht nur für offensichtlich falsch, sondern sagte:

Das sind Gefälligkeitsgutachten. Sie gleichen wie ein Ei dem anderen. Hier wollte man offensichtlich etwas erreichen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wer wollte denn etwas erreichen?)

Und selbst im Untersuchungsbericht der GRÜNEN lässt sich zumindest herauslesen, dass die Gutachten von Herrn H. Auffälligkeiten zeigen. So schreiben die GRÜNEN damals, dass es auffällig gewesen sei,

... dass sämtliche von Dr. H. durchgeführte Untersuchungen mit dem Ergebnis „dienstunfähig“ endeten, sofern die Untersuchung durch die OFD oder das Finanzamt Frankfurt V veranlasst wurde; bei den anderen Auftraggebern liegt die Quote mit 12,5 % deutlich niedriger.

Man könnte nun auf die Idee kommen, dass in einem Rechtsstaat, wenn Menschen offensichtlich Unrecht von staatlicher Seite geschieht, man darangeht, diese Menschen zu rehabilitieren und – das ist die Voraussetzung, um einen Prozess der Wiedereingliederung zu erreichen – sich bei ihnen zu entschuldigen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das aber ist nicht geschehen. Es gab lediglich ein halbherziges Angebot zu Gesprächen mit den Betroffenen und ein vages Angebot, wieder in den Landesdienst zurückzukehren.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

– Nein, es gab ja auch ein Schreiben vom Dezember 2010, auf das nicht geantwortet wurde. Wir können nicht in die Details gehen, das will ich an dieser Stelle auch gar nicht, das gehört nicht hierher.

Nur, um deutlich zu machen, was die Steuerfahnder erwarten und, wie ich glaube, auch zu Recht, möchte ich eine der Betroffenen zitieren, die im Untersuchungsausschuss ausgesagt hat:

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich hatte in dem Moment keine Veranlassung, zu glauben, dass es dadurch besser würde, weil keine einzige Maßnahme, kein einziges Wort an mich gerichtet wurde, dass es tatsächlich ernsthaft darum ging, mich wieder zurück in die Finanzverwaltung zu holen. Es wurde nicht mit mir gesprochen, es wurde sich nicht bei mir entschuldigt, es wurde nicht aufgeklärt, warum der Gutachter vorsätzlich falsch gehandelt hat. Es wurde nicht aufgeklärt, warum man sich jetzt plötzlich dazu entschloss, nachdem ich es jahrelang vorher versucht hatte, mich wieder zurückzuholen.

Genau das steht aber an. Das Verhalten mancher Abgeordneter im Untersuchungsausschuss – Herr Beuth ist gerade nicht da – gegenüber den Betroffenen sollte heute ein Ende finden und in einer Entschuldigung des Landtags münden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich fordere, dass die Landesregierung endlich dafür sorgt, dass die Betroffenen rehabilitiert werden, dass man sich bei ihnen entschuldigt und dass man gemeinsam mit ihnen nach einer konstruktiven Lösung sucht.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber allen ehrlichen Steuerzahlern, aber auch gegenüber den Beamtinnen und Beamten in der Steuerverwaltung, die gute, engagierte Arbeit leisten. Nicht zuletzt am Umgang mit diesen Steuerfahndern muss Schwarz-Grün beweisen, ob sich seit Koch und Weimar in Hessen etwas geändert hat.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Denn es darf nicht sein, dass der Vorwurf im Raum steht, dass Steuerfahnder, wie unter Minister Weimar geschehen, in Hessen aus dem Dienst gemobbt werden, wenn sie ihrer Arbeit nachgehen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege van Ooyen, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss. – Ich sage: Stellen Sie den guten Ruf der hessischen Steuerverwaltung wieder her, und sorgen Sie dafür, dass die Steueründer in Hessen genauso streng verfolgt werden wie in anderen Bundesländern. Die Betroffenen erwarten und haben einen Anspruch auf eine Entschuldigung von der Regierung und auch vom Landtag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege van Ooyen. – Das Wort hat der Abg. Schork, CDU-Fraktion.

Günter Schork (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn ein paar Dinge zum aktuellen Stand sagen. Ich möchte auf eine Bemerkung des Kollegen Schmitt eingehen, die er vorhin gemacht hat. Sinngemäß hat er ausgeführt, dass die vier Steuerfahnder psychiatrisch untersucht und zwangspensioniert wurden, weil sie die Schonung reicher Steueründer nicht mitmachen wollten, und hat damit politisch motiviertes Handeln unterstellt.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: Genau!)

Ich zitiere – das sei mir gestattet – aus dem Plenarprotokoll des Hessischen Landtags, 16. Wahlperiode, 99. Sitzung, 30. März 2006, zum Bericht des Untersuchungsausschusses 16/1, den Kollegen Norbert Schmitt:

Eine politisch motivierte Nichtverfolgung von Steuerflüchtigen gab es nicht. Das will ich hier ausdrücklich betonen.

(Michael Boddenberg (CDU): Was hat sich denn seitdem verändert, Herr Kollege? – Gegenrufe von der SPD und der LINKEN – Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe aus dem Plenarprotokoll den Kollegen Schmitt zitiert. Die Bewertung dieses Vorgangs und dessen, was gesagt worden ist, überlasse ich Ihnen.

Ich glaube, dass die Diskussion heute Morgen gezeigt hat, dass die Aktuelle Stunde der SPD, die sie ohne Zweifel beantragen kann,

(Nancy Faeser (SPD): Wie gnädig! Da sind wir aber froh! – Weitere Zurufe von der SPD)

uns in der Sache überhaupt nicht weitergebracht hat und dem Bemühen der Regierung – und das sollte auch unser Bemühen sein –, zu einem allen Beteiligten gerecht werdenden Abschluss der Angelegenheit zu kommen, nicht gerecht wird.

Der Minister hat ausgeführt und klar dargelegt, was es an Schritten, an Gesprächen und Angeboten gibt. Natürlich muss man dann auch die Frage stellen, warum zwischen dem Angebot im Haushaltsausschuss und dem Obleutegespräch, also bevor das Obleutegespräch stattgefunden hat, die SPD diese Aktuelle Stunde beantragt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich weiß und kann mir vorstellen, warum: weil es Ihnen nicht um die Sache geht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nehmen Sie sich einmal ein Beispiel an Kollegen Kaufmann!)

Wenn man das Verfahren einige Zeit mitgemacht hat – ich war damals im zweiten Untersuchungsausschuss –, dann ist doch völlig klar und offensichtlich, dass es Fehler bei allen Beteiligten – ich betone ausdrücklich: bei allen Beteiligten – in diesem Verfahren gegeben hat, auch aufseiten der Steuerfahnder.

Wenn der Kollege van Ooyen sagt, mit einer Entschuldigung könne das aus der Welt geschafft und das Verfahren zum Abschluss gebracht werden,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Genau das hat er eben nicht gesagt!)

dann glaube ich das nicht; denn eine Grundvoraussetzung bei einer Entschuldigung ist logischerweise auch, dass diese Entschuldigung angenommen wird.

(Zuruf: Ja!)

Denn sie wird, um das formal zu sagen, erst dann wirksam.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir sollten deswegen als Hessischer Landtag klar zum Ausdruck bringen, dass wir anerkennen, dass es die vertraulichen Gespräche und die Bemühungen seitens der Landesregierung gibt, um mit den Betroffenen zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, um am Ende einen allen Beteiligten gerecht werdenden Abschluss der Angelegenheit zu erreichen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das steht nicht im Widerspruch zur Erklärung!)

Öffentliche Debatten zu diesem Vorgang sind dabei aus unserer Sicht wenig hilfreich. Wir sollten sie unterlassen, sondern stattdessen darauf hinwirken, dass diese Angelegenheit wirklich vertraulich und in vernünftigen Gesprächen zu einem guten Ende kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die haben ein Recht darauf, eine Entschuldigung zu hören!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Schork. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung über die beiden Anträge. Zu Punkt 80, dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 19/1011, ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Ich darf bitten, die Namen zu verlesen.

(Namensaufruf – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Meine Damen und Herren, hat jeder seine Stimme abgegeben? – Offensichtlich. Dann schließen wir den Wahlgang, und ich bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt. 106 Kolleginnen und Kollegen haben ihre Stimme abgegeben, mit Ja 48, mit Nein 58. Damit ist der Dringliche Antrag der Fraktion der SPD abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Punkt 84 auf, Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesregierung steht im Dialog mit Steuerfahnder, Drucks. 19/1019. Wer stimmt zu? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP. Wer ist dagegen? – Keiner. Wer enthält sich? – Dann stelle ich fest, dass der Antrag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP bei Enthaltungen von SPD und LINKE einstimmig so beschlossen wurde.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 73** auf:

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Buchmesse in Frankfurt: Freihandelsabkommen TTIP bedroht Buchhandel und Kulturlandschaft) – Drucks. 19/1000 –

Anschließend **Tagesordnungspunkt 85:**

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Pluralität am Buchmarkt – gleiche Marktbedingungen für alle – Drucks. 19/1021 –

Das muss ich Ihnen noch mitteilen: Dieser Dringliche Antrag ist Ihnen verteilt, Drucks. 19/1021. Die Dringlichkeit wird bejaht, und wir können auch abstimmen.

(Günter Rudolph (SPD): Nur aufrufen nach der Aktuellen Stunde!)

Dann wird der Dringliche Antrag –

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

– Was heißt „Ja“? Aufrufen und an den Ausschuss?

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Das ist einmal was Neues. Macht, was ihr wollt. Also gut, okay, an den Ausschuss – machen wir nachher nach der Aussprache.

Dann rufe ich jetzt den ersten Redner auf. Das ist der Kollege van Ooyen, DIE LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Volker Bouffier hat zur Eröffnung der diesjährigen Buchmesse das Hohe Lied des freien Handels gesungen

(Manfred Pentz (CDU): Das ist auch richtig so!)

und ausführlich Werbung für das höchst umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA gemacht. Seine Ausführungen wurden von den Anwesenden mit einer Mischung von Erstaunen und großer Skepsis zur Kenntnis genommen.

Das ist eigentlich nicht verwunderlich. So nimmt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels zum Thema Freihandelsabkommen wie folgt Stellung:

Wir sorgen uns insbesondere um die Buchpreisbindung für gedruckte und elektronische Bücher. Beim TTIP sind die Interessen der weltgrößten Internetkonzerne involviert, die allesamt auch Online-Buchhandelsplattformen betreiben und für die die Buchpreisbindung sehr wohl ein Handelshemmnis auf dem Weg, den europäischen Markt vollständig zu erobern, sein kann. Schlechte einschlägige Erfahrungen mit dem aggressiven Geschäftsgebaren der großen Vier gibt es bereits zur Genüge. Themen wie die Buchpreisbindung stehen sicher nicht im Zentrum des Freihandelsabkommens und sind leider gerade deshalb geeignet, am Ende als Verhandlungsmasse unter die Räder zu kommen.

Die Buchpreisbindung ist eine wesentliche Fördermaßnahme im kulturellen Bereich. Durch die Buchpreisbindung gewinnen alle. Der Kunde zahlt für ein Buch überall denselben Preis. Darüber hinaus wird eine vielfältige Buchhändlerlandschaft erhalten.

Erst Mitte September dieses Jahres hatte Amazon in Deutschland eine Unterlassungserklärung abgeben müssen, künftig keine Bücher mehr unterhalb der gebundenen Ladenpreise zu verkaufen. Vorausgegangen war ein Rechtsstreit über zwei Instanzen. Viele Literaten, Verlage und Kulturschaffende